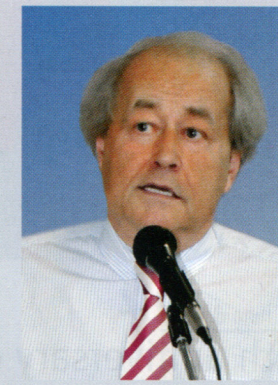
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

„Am Ende ins Unglück"

Die Deutsche Bundesbank scheint sich (endlich) entschlossen zu haben, trotz ihrer begrenzten Möglichkeiten der zumindest aus deutscher Sicht unverantwortlichen Geldpolitik der EZB stärker entgegenzutreten. Das Fass der Zumutbarkeit zum Überlaufen gebracht haben offenbar die jüngsten EZB-Ratsbeschlüsse, die den Schlüsselsatz zur Geldversorgung der Banken erstmals auf 0,0 % gesenkt, den monatlichen Umfang der umstrittenen Anleihekäufe erweitert und den Strafzins für Banken erhöht haben. Bundesbank-Chef Weidmann war auf dieser Sitzung bekanntlich infolge des dubiosen Rotationsprinzips im Teilnehmerkreis nicht stimmberechtigt. Er äußerte postwendend Zweifel an der ultralockeren Geldpolitik und warnte vor zunehmenden Risiken in Form von Blasenbildungen an den Finanz- und Immobilienmärkten. Die Gefahr steige, dass die Anreize für solides Haushalten in Europa untergraben würden und die EZB von der Politik vereinnahmt werde. Und der Bundesfinanzminister erklärte in erstaunlichem Klartext, der Weg des zu leichten Geldes führe „am Ende ins Unglück". Jetzt müssten nur noch Taten folgen.

Überfällige Initiative

Der CSU-Abgeordnete Michelbach bringt seine Kritik so auf den Punkt: „Mit ihren Anleiheaufkäufen füttert die EZB Börsenzocker und Reformverweigerer. Dafür müssen Sparer und verantwortungsvolle Bürger, die private Vorsorge betreiben, mit Eigentumseinbußen zahlen. Was die EZB hier treibt, ist nicht nur zutiefst unsozial, es verfehlt auch immer stärker erkennbar die selbst gesetzten Ziele." Auch der Chefvolkswirt der Commerzbank kommt zu einer äußerst negativen Bewertung der bisherigen EZB-Geldpolitik: „Die fehlende Lenkungsfunktion des Zinses, das Risiko von Immobilienblasen, Reformstau, Interventionsspiralen, Probleme bei der Altersvorsorge – die Niedrigzinspolitik der EZB schadet weit mehr als sie nutzt. Und wenn sie Nutzen stiftet, dann vor allem für die hoch verschuldeten Länder im Süden der Währungsunion." Der Verband der Familienunternehmen kritisiert, dass die EZB spätestens seit Ankündigung des OMT-Programms nicht mehr im Rahmen ihres Mandates und der europäischen Verträge agiere. Der Verband fordert: „Die Initiative gegen die fehlgeleitete Geldpolitik außerhalb der EU-Verträge muss von Deutschland ausgehen – die Reformverweigerer im Euro-Raum ruhen sich auf ihrer Mehrheit aus und wollen endlos Geld ohne Zinsen."

Zu Lasten der Steuerzahler

Akuten Handlungsbedarf sieht auch ifo-Chef Hans-Werner Sinn: „Es geht nicht an, dass die EZB-Politik nun schon seit Jahren in Widerspruch zu den Meinungen der Bundesbank steht und die Bundesregierung als Vertreterin des größten Landes der Euro-Zone dem tatenlos zusieht. Wenn Regeln nicht funktionieren, muss man sie ändern." Daher solle die Bundesregierung eine Neufassung des rechtlichen Rahmens für die EZB verlangen. Sinn empfiehlt die Anpassung der Stimmrechte an die Haftungsanteile, die jährliche Gold-Tilgung der Target-Salden und die Einführung einer Sperrminorität im EZB-Rat für Maßnahmen, die zu einer Umverteilung von Vermögen zwischen den Euro-Staaten führen können. Der Ökonom weiter: „Die EZB hat ihre Unabhängigkeit missbraucht und sich quasi-diktatorische Vollmachten herausgenommen. Sie hat sich zu einer Bail-out-Maschinerie zu Lasten der Steuerzahler der noch gesunden Länder der Euro-Zone entwickelt, die weit über ihr Mandat und das international Übliche hinausgeht." Und Wolfgang Gerke, Präsident des Bayerischen Finanzzentrums, warnt: „Das Versagen der Politik bezahlt jetzt der Sparer. Die betriebliche Altersvorsorge droht zu scheitern und die manipulierten Märkte stehen vor der nächsten Finanzkrise."

„In der Sackgasse"

Auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband lehnt die EZB-Politik des billigen Geldes als „völlig wirkungslos und gefährlich" ab. Die EZB habe kein Mandat, Staaten zu finanzieren, Strukturen zu verändern oder Menschen ihre Altersversorgung zu nehmen. Wenn jetzt sogar laut über Helikopter-Geld, also über Geldgeschenke an Jedermann, nachgedacht werde, dann werde das Vertrauen in die Solidität der Währung zerstört. Der Verband weiter: „Wenn man in der Sackgasse steckt, ist es Zeit umzudrehen und nicht die Geschwindigkeit weiter zu erhöhen." Die Sparkassen hatten bereits davor gewarnt, dass infolge der Niedrigzinsen das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre steigen könne.

Gedruckte Freiheit

Das ifo-Institut hat sich gegen die Abschaffung der 500-Euro-Scheine, gegen eine Obergrenze für Barzahlungen und gegen Negativzinsen ausgesprochen. Prof. Sinn warnt: „Die EZB will den Banken die Möglichkeit nehmen, Bargeld zu horten, um sie zu zwingen, negative Einlagezinsen zu zahlen. Gelingt das, werden vermutlich auch Sparer irgendwann Strafzinsen zahlen müssen." Mit Abschaffung des 500-Euro-Scheins werde es für die Banken teurer, Geldscheine zu horten. Damit könnte die EZB höhere Negativzinsen für eingelagertes Bargeld kassieren. Sinn weiter: „Wenn dadurch das gesamte Zinsspektrum nach unten rutscht, verliert Deutschland, der zweitgrößte Gläubiger der Welt, jährlich weitere 8 Mrd. Euro Einnahmen." Außerdem: Durch Einschränkungen der Bargeld-Nutzung würde sich die staatliche Überwachung ausweiten und die Gefahr des Machtmissbrauchs erhöhen. Offensichtlich erscheint Bargeld, die „gedruckte Freiheit", vielen Polit-Akteuren nicht als schützenswert. Die finanzielle Repression nimmt ihren Lauf.